

Trends

IWF und Weltbank

Die Kräfte des Marktes

Der Internationale Währungsfonds bewertet die Lage der Weltwirtschaft eigenständig, kommt aber in seinem jüngsten Bericht zu Ergebnissen, die durchaus vergleichbar sind mit denjenigen anderer Experten. Das Wachstum der Weltwirtschaft im laufenden Jahr wird mit 4,4 % erwartet, dasjenige der deutschen Wirtschaft mit 2,2 %, nur halb so viel, aber immerhin. Das Fieber, die Einhaltung der Maastrichter Fiskalkriterien zu prognostizieren, hat auch den IWF ergriffen. Das Verschuldungskriterium wird mit 3,3 % als nicht erfüllt prognostiziert.

Am Rande wurde eine Sprachregelung verkündet: Der Begriff »Industrieländer« wird nicht mehr zur Unterscheidung verwendet, an seine Stelle tritt der Begriff »advanced economies« (fortgeschrittene Volkswirtschaften). Begründet wurde dieser Entschluß mit der abnehmenden Bedeutung der industriellen Produktion und der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors. Als jüngste »advanced economies« gelten jedenfalls Israel, Hongkong, Südkorea, Singapur und Taiwan.

Die Frühjahrstagung der Bretton-Woods-Institute fand unter starker »Beteiligung« privater Banken und anderer Finanzdienst-

leistungsunternehmen statt. Die Globalisierung auch der Finanzmärkte hat die Kräfteverteilung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor deutlich verändert. Betrafen Stabilisierung und Regulierung durch IWF und Weltbank früher insbesondere staatliche Leistungen bzw. Außenwerte von Währungen, so regeln die Institutionen heute Märkte, auf denen private Finanzierungsströme dominieren. Kein Wunder also, daß die Unternehmen, deren »Geschäftsbedingungen« hier mit festgelegt werden, versuchen, direkten Einfluß auf die Willensbildungsprozesse zu gewinnen.

Ein Vergleich der Jahre 1990 und 1996 zeigt deutlich die Größenordnung der Veränderungen: 1990 flossen umgerechnet 37 Mrd. \$ aus öffentlichen Quellen in die »emerging markets« und 57 Mrd. \$ aus privaten. 1996 waren es noch 1 Mrd. \$ an öffentlichen, aber 255 Mrd. \$ an privaten Mitteln. Entsprechend mißtrauisch werden die Versuche der Institutionen verfolgt, neue Spielregeln für die internationalen Finanzmärkte festzulegen. So wird versucht, den Interimsausschuß des Internationalen Währungsfonds (IIF), der nach der Mexiko-Krise ins Leben gerufen worden war, auf seine Rolle als Datenzentrale und Interessenvertretung der Kreditgeber festzulegen. Schon jetzt haben die IIF-»Hitlisten« zur Zeitnähe der Meldungen wichtiger makroökonomischer Daten aus den »emerging economies« Auswirkungen auf die Lenkung von Finanzströmen, die einem Rating nahekommen.

Weltkonjunktur

Allgemein günstiges Klima

In einer Studie kommt das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung zu dem Ergebnis, daß das Weltwirtschaftsklima im allgemeinen günstig bleibt. Licht und Schatten sind dabei, wie stets ungleich verteilt. Während die entwickelten Volkswirtschaften überwiegend zurückfallen, sind doch einige unter ihnen begünstigt, darunter die USA. Weder brach der Trend des stetigen Wachstums ab, noch trat die immer wieder befürchtete Überhitzung in Gestalt einer deutlich inflationären Entwicklung ein. Einziges Problem bleibt das exorbitante Außenhandelsdefizit. Ähnlich ist das Bild in Großbritannien, wo allerdings die Inflation stärker wird. Japan dagegen leidet weiter unter tiefgreifenden strukturellen Problemen, freilich ohne an Exportstärke einzubüßen, wobei der anhaltend schwache Yen stützende Wirkung entfaltet. Die sich rasch entwickelnden Volkswirtschaften Asiens und Lateinamerikas wachsen weiter überdurchschnittlich stark. Das Engagement deutscher Unternehmen in den Wachstumsregionen der Erde verbessert seit einiger Zeit die Position der deutschen Wirtschaft wieder ein wenig.

G 7-Treffen in Washington

Unbestimmt optimistisch

Irgendwie scheint die Weltwirtschaft aus der Sicht der sieben führenden Industrienationen überwiegend zufriedenstellende

Daten zu liefern. Der jüngste Gipfel in Washington brachte jedenfalls hauptsächlich mahnende Worte hier und da, die Absicht, abzuwarten, was die Zukunft bringt, aber keine bewegenden Entschlüsse. Die USA sollen weiterhin die Inflationsgefahr im Auge behalten und die Haushaltsdefizite zurückführen. Die Europäer sollen die Arbeitslosigkeit reduzieren und Maßnahmen entwickeln, um die Folgen der demographisch ermittelten Alterung ihrer Bevölkerungen zu mildern. Die Japaner sollen Strukturreformen vorantreiben, zumal die Deregulierung, und nach Möglichkeit den Yen wieder attraktiver machen.

Die Wechselkursentwicklung verlief zwar anders, als drei Monate vorher in Berlin prognostiziert, aber wohl doch nicht bedrohlich. Ein genaues Ziel wurde auch diesmal nicht ins Auge gefaßt. Eigentlich sollte der Dollarkurs nicht weiter steigen, dafür der Yen einen Teil seines verlorenen Außenwertes zurückgewinnen, aber konkret zu tun ist zur Zeit nichts. Ach ja, die Devisenkurse sollen im allgemeinen die Fundamentaldaten widerspiegeln, und die dazugehörigen Werte durch die Kräfte des Marktes erreichen, exzessive Volatilitäten sind zu vermeiden. So hochgestochen läßt sich die Absicht, nichts zu tun, formulieren.

UNIDO

Zukunft ungewiß

Die UN-Organisation für Industrielle Entwicklung mußte in den letzten Jahren sparen wie alle UN-Einrichtungen, und sie sparte. Sie mußte Mitarbeiter entlassen und entließ sie. Der Generaldi-

rektor ist umstritten, und er hat erklärt, nicht wieder zu kandidieren. Schlanker als je, könnte die UNIDO jetzt daran gehen, ihre Aufgaben zu erfüllen, Entwicklungsländern sowie Staaten des ehemaligen Ostblocks zu helfen, ihre industrielle Entwicklung voranzutreiben. Die USA und Australien aber halten an ihren Entscheidungen fest, ihre Mitgliedschaft aufzukündigen, Deutschland erwägt, sich diesem Schritt anzuschließen. Die Mitgliederversammlung ließ jedenfalls erkennen, daß keine Einigkeit in wichtigen Fragen zu erzielen ist, ja daß sich die UNIDO als Instrument einer gemeinsam geleisteten Entwicklungshilfe wohl gänzlich überlebt hat.

Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Bundesbank

Die EWWU wirft Schatten voraus

Während auf offener Bühne vorzugsweise um Nullen nach dem Komma der Fiskalkriterien gekaspert wird, werden hinter der Bühne die Weichen für den Start der dritten Phase der Europäischen Währungsunion gestellt. Betreffen wird die Einführung des Euro (gemäß ISO-Norm 4217 abgekürzt: EUR) uns alle, ganz besonders aber naturgemäß die Deutsche Bundesbank als Hüterin einer Währung, die es bald nicht mehr geben wird.

Die Autonomie der Bundesbank gegenüber den meisten Weisungen der Bundesregierung wird nicht direkt unter-, aber doch aufgehen im kommenden Europäischen System der Zentralban-

ken (ESZB), insbesondere was die währungspolitischen Befugnisse der Europäischen Zentralbank (EZB) angeht. Der Zentralbankrat, das oberste Entscheidungsgremium bisher, wird künftig nicht mehr die Währungs- und Kreditpolitik, sondern nur noch die Geschäftspolitik bestimmen. Konsequenterweise entfällt dann das aufschiebende Vetorecht der Bundesregierung den Beschlüssen dieses Gremiums gegenüber. Die Vorschriften über die Diskont-, Kredit-, Offenmarkt- und Mindestreservpolitik, Kernstück aller Lehrbücher über das Geld- und Währungssystem dieses Landes, werden schlicht aufgehoben. Der Kabinettsbeschuß steht, der Bundesrat muß nicht förmlich zustimmen, die Länder signalisierten gleichwohl Einvernehmen, so daß die Novellierung des Bundesbankgesetzes voraussichtlich im Sommer in Kraft treten kann.

Indessen richtet sich die Bundesbank in der Perspektive der kommenden EWWU ein und erhebt vorsorglich ihre Stimme schon jetzt mahnend, zumal die EZB selber noch nicht handlungsfähig ist. Die nationalen Zentralbanken werden eine Art Untergliederung der EZB darstellen. Ihnen werden bei der EZB Refinanzierungsmöglichkeiten eingeräumt. Im Rahmen des geplanten Großbetragszahlungssystems (»Target« genannt), das eine einheitliche Euro-Geldpolitik ermöglichen soll, werden sie im Laufe eines Banktages Überziehungsmöglichkeiten nutzen können, die allerdings nicht über Nacht fortbestehen dürfen. Die Bundesbank regte nachdrücklich an, solche Möglichkeiten nur den Zentralbanken der EWWU-Mitgliedsländern einzuräumen, nicht denjenigen der anderen EU-Mitglieder, da jene ja auch

keine währungspolitische Verantwortung für die Gemeinschaftswährung tragen. Die Bundesbank soll übrigens von den geplanten Währungsreserven der EZB in Höhe von 50 Mrd. Ecu 24,5 % aufbringen, entsprechend dem halben Anteil Deutschlands am Bruttoinlandsprodukt der EU im Lustrum 1991 – 1995 (13,5 %) sowie dem halben Anteil der deutschen Bevölkerung an der EU-Bevölkerung am 1. Januar 1996 (11 %).

Direktinvestitionen 1996

Negativrekord

Kurzfristige Entwicklungen werden überlagert und zum guten Teil bestimmt von mittel- und langfristigen. Wer wissen will, ob für den deutschen Außenhandel die Tendenz, absolute Zuwächse bei sinkenden Weltmarktanteilen zu erzielen, weiter anhält, der verfolge die Entwicklung der Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen im In- und deutscher Unternehmen im Ausland. Die jüngsten Statistiken der Deutschen Bundesbank weisen Rekorddefizite aus – ein entmutigendes Ergebnis.

Der Negativsaldo stieg von 38 Mrd. DM im Jahr 1995 auf 47 Mrd. DM im abgelaufenen Jahr. Noch düsterer ist das Bild, wenn man das Investitionsverhalten der ausländischen Unternehmen allein betrachtet: Dem Netto-Kapitalzufluß von 17 Mrd. DM im Jahr 1995 folgte 1996 ein Netto-Abfluß von 5 Mrd. DM. Gemildert, rein statistisch betrachtet, wurde die Auswirkung dieser Entwicklung durch den Rückgang der deutschen Direktinvestitionen um 13,5 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr.

Wichtigste Partnerregionen waren nach wie vor die EU-Mitgliedstaaten mit 47 % und die USA sowie, mit wachsenden Anteilen, die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten sowie Südostasien.

Konjunkturmotor Export

Licht aus dem Osten

Die Daten der Außenhandelsstatistik der Deutschen Bundesbank für Mai 1996 sehen schlechter aus als die erwarteten Werte für das laufende Jahr, was so gesehen ein gutes Zeichen ist. Danach stagnierten die Ausfuhren praktisch (+0,6 %) und nahmen die Einfuhren nur minimal zu (+1,2 %) – gemessen an den Ergebnissen des Vorjahresmonats.

Europa ist mit 72,9 % weiterhin wichtigste Partnerregion. Der Zuwachs der Ausfuhren in Höhe von 1,1 % wird allerdings getragen vom Osthandel (+16,2 %). Die Ausfuhren in die EU sanken nämlich um 1,7 %. Bei den Einfuhren zeigt sich, auf der Skala verschoben, ein ähnliches Bild: Europa insgesamt: -2,3 %, EU allein: -3,2 %, MOEL (Mittel- und Osteuropäische Länder, also die ehemaligen Staatshandelsländer, einschließlich der GUS): +7,2 %.

Für das Gesamtjahr 1996 werden bessere Ergebnisse erwartet, wobei die Bedeutung der MOEL weiter zunehmen wird. Für das laufende Jahr schließlich liegen Schätzungen vor, die auf Ausfuhrzuwächse um 6 % und Einfuhrzuwächse um 4 %, zusammengekommen also rund 5 % Außenhandelszuwachs, hinauslaufen. Der Außenhandelsüberschuß stieg im Februar (nach vorläu-

figen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes) auf 9,2 Mrd. DM gegenüber 8,4 Mrd. im entsprechenden Vorjahresmonat. Die bewährte Konjunkturlokomotive Außenhandel zieht also wieder – wenn auch nicht stark genug, um die inländischen Probleme spürbar zu verringern.

BDI-Leitlinien

Liberalisierung multinational

Wer Prinzipien hochhält, verspricht sich was davon. Liberalisierung nützt dem Export, also wird sie nachhaltig betrieben. Globalisierung hilft Kosten senken und neue Märkte erobern, also wird sie begrüßt. Wenn natürlich angestammte Märkte wegbrechen, wenn ausländische Unternehmen inländischen im eigenen Land Konkurrenz machen, dann schaut sich der ein' oder andere auch schon mal nach anderen Prinzipien um. Es gibt ja genug. Die entwickelten Länder neigen dazu, eigene Interessen hinter hehren Forderungen zu verstecken, z.B. Sozialstandards, Mindestarbeitsbedingungen, Achtung internationalen Rechts. Die Betroffenen fordern Nichteinmischung und überhaupt Achtung ihrer Kulturen. Und dann gibt es ja noch die regionalen Zusammenschlüsse und Abkommen, EU, NAFTA, MERCOSUR, ASEAN und andere, die durch gemeinsame Außengrenzen Sonderbedingungen im Innern schaffen, für die das Prinzip der Meistbegünstigung und andere Regeln der Welthandelsordnung nicht unbedingt gelten.

In einer Situation, in der all dies nebeneinander gefordert bzw. praktiziert wird, formulierte der Bundesverband der Deutschen

Industrie kürzlich Leitlinien zur Handelspolitik, wie sie einer der führenden Außenhandelsnationen wohl anstehen.

Mutig die Generalklausel: »Die Stärkung des multilateralen Ansatzes in der Handelspolitik hat für die exportorientierte deutsche Industrie oberste Priorität«, denn die Multilateralität, also praktisch der WTO-Standard, ist das einzige der genannten Prinzipien, das keine einseitige Begünstigung einschließt. Die Forderung nach konsequenter Umsetzung bereits gefaßter Beschlüsse bedarf keiner anderen Begründung als der klassischen Regel: *pacta sunt servanda*, Verträge müssen erfüllt werden. Im Bereich der nichttarifären Handelshemmnisse wird der Ausschluß von Mißbrauch zu protektionistischen Zwecken gefordert. Der konstatierte Klärungsbedarf hinsichtlich Sozialstandards, Korruption und dergleichen ist als solcher mit Sicherheit gegeben. Kein Zweifel kann auch daran bestehen, daß hohe Sozialstandards bei rein wirtschaftlicher Betrachtung Wettbewerbsnachteile bedeuten können.

Die Bildung regionaler Wirtschaftsförderung, so eine weitere Forderung, darf nicht dazu dienen, die multilateralen Regelwerke auszuhebeln. Ferner müssen weitere Länder zügig in die WTO aufgenommen werden, namentlich China und Rußland. Den Entwicklungsländern, die rein administrativ noch nicht in der Lage sind, internationale Abkommen in nationales Recht und vor allem in nationale Praxis umzusetzen, soll beim Aufbau stärker geholfen werden als bisher, Stichwort: »Entwicklungshilfe als Integrationinstrument«. Ein eigener Abschnitt dient der Forde-

nung, die internationalen Abkommen und Institutionen sollten besser zusammenarbeiten und so Reibungsverluste und egoistische Ziele abbauen. Schließlich ruft der BDI zu einem politischen Verständnis der Welthandelsorganisation auf, vor allem, was die Weiterentwicklung angeht. Den Abschluß bildet der Appell, die Liberalisierung zu verstärken.

Europäische Union

Assoziierungen

Erweiterte Zusammenarbeit

Der Rückzug aus den Kolonien hinterließ ein schlechtes Gewissen. Die Gründung der EWG vergrößerte den Abstand zwischen den Europäern und den jungen, armen Staaten in Asien, der Karibik und Afrika (kurz AKP-Staaten genannt). Der neue Wirtschaftsraum in Europa gewann rasch an Gewicht. Da sollte den ehemaligen Kolonien (und nur diesen) wenigstens eine Vorzugsbehandlung eingeräumt werden. 1975 wurde das Lomé-Abkommen unterzeichnet und seither mehrfach reformiert. Im Jahr 2000 läuft dieses Abkommen (Lomé IV) aus. Eine Verlängerung ist ausgeschlossen. Das Abkommen paßt nicht mehr in die Welthandelsordnung der WTO, es milderte die historischen Ungerechtigkeiten in den letzten Jahren in immer geringerem Maße, d.h., es verlor praktisch an Bedeutung, und es schuf neue Ungerechtigkeiten, z.B. gegenüber anderen armen Ländern, insbesondere gegenüber den Produzenten der sog. Dollar-

Bananen. Die Entwicklungshilfe hat heute einen anderen Rang als bei Vertragsabschluß. Der globale Wettbewerb hat die europäische Position der Stärke geschwächt und die Position mindestens einiger unter den 70 AKP-Staaten gestärkt. Es wird schwer sein, eine allseits akzeptierte Nachfolgeregelung (oder auch mehrere, nach der Formel: A + K + P) zu treffen. Als politisches Abkommen wird es Menschenrechts- und Demokratieforderungen umfassen, als Wirtschaftsabkommen dürfte es nach heutigen WTO- und EU-Regeln weitgehend obsolet werden, es sei denn, es würde auf seinen entwicklungspolitischen Kern zurückgeführt.

Das geschichtliche Erbe der Westeuropäer und der Mittel- und Osteuropäer in ihrem Verhältnis zueinander ist anderer Natur. Die geographische Lage macht deshalb andere Lösungen möglich und in gewissem Sinne auch nötig. Die umfassende materielle und ideelle Förderung hatte von Anfang an das Ziel der Integration. Diesem Ziel sind die zehn beitragswilligen Länder seit 1989 ein gutes Stück näher gekommen, was beide Seiten, aber auch unabhängige Institutionen der Weltwirtschaft übereinstimmend feststellen. Trotzdem wird es noch dauern, bis die ersten Beitritte vollzogen werden können – immerhin sind 40 Jahre EWG-/EU-Entwicklung im Zeitraffer nachzuholen, sind Reformen in vielen Lebensbereichen umzusetzen, damit keine Mitgliedschaften zweiter Klasse entstehen.

Wiederum andere Motive und andere Verhältnisse kennzeichnen die euro-mediterrane Partnerschaft, die 1995 in Barcelona ins Leben gerufen wurde. Das jüngste Treffen in Malta zeigte einmal

mehr, daß die Mittelmeeranrainerstaaten keine geschlossene Gruppe bilden, vielmehr die Gipfeltreffen dazu benutzen, Gegensätze auszutragen, die nicht im Verhältnis zur EU bestehen, insbesondere den israelisch-arabischen Konflikt. Den EU-Mitgliedern wurde bei dieser Gelegenheit erneut schmerzhaft bewußt, daß sie es nicht einmal in ihrem Einflußgebiet in nennenswertem Ausmaß zum Status einer Ordnungsmacht gebracht haben. – Bilateral wird, parallel dazu, ein Assoziierungsabkommen mit Algerien angestrebt, in dem allerdings der »Demokratisierungsprozeß«, nach Auskunft des algerischen Außenministers, als innere Angelegenheit Algeriens angesehen wird. Das wäre ein Status, der schon im AKP-Bereich als Auslaufmodell betrachtet wird.

Mit Madagaskar wurde Einigkeit über ein Kooperationsprogramm erzielt, das gute Chancen bietet, den angestrebten Entwicklungsschub (vor allem im Bereich der Infrastruktur) auch auszulösen. Das Programm hat ein Volumen von 218,5 Mio. Ecu, worunter 30 Mio. Ecu als zinsgünstige Darlehen der Europäischen Investitionsbank geleistet werden, und wird in zwei Tranchen realisiert.

EWU

Optimistische Prognose

Die Europäische Kommission verbreitet Optimismus: offenbar beflügelt vom zunehmenden Wirtschaftswachstum (durchschnittlich 2,4 % im laufenden Jahr, verglichen mit 1,6 % im letzten),

prognostiziert die Europäische Kommission in ihrem Frühjahrsgutachten die Aufnahme fast aller Mitgliedstaaten in die EWWU. Italien wird es danach nicht schaffen, vom Start an dabei zu sein. Das Euro-Fieber im Land klingt spürbar ab, die vielfach geäußerten Zweifel an der Nachhaltigkeit der fiskalpolitischen Maßnahmen scheinen bestätigt zu werden. Sowieso ausgeschlossen sind diejenigen Staaten, die nicht am Europäischen Währungssystem teilnehmen (Großbritannien, Griechenland und Schweden). Deutschland und Frankreich müssen ihre Anstrengungen nochmals verstärken, um die Kriterien zu erfüllen; daß ihnen dies gelingt, wird aber nicht bezweifelt. Neuverschuldung und Schuldenstand gelten als im wesentlichen gebändigt, das Hauptprobleme vieler Mitgliedstaaten bleibt die hohe Arbeitslosigkeit, zumal angesichts der schlechten Aussichten, das Problem in absehbarer Zeit spürbar zu verringern.

Mittelstandsförderung

»Electronic commerce«

Zu den konstanten Größen in der insgesamt recht unübersichtlichen Wirtschaftsförderung der Europäischen Kommission gehört der Mittelstand, die sogenannten KMU (die kleinen und mittleren Unternehmen). Das G 7-Projekt »Global Marketplace« will die Kommission unterstützen durch neue Initiativen im Rahmen der Programme »Esprit« (Förderung des Einsatzes von Informationstechnologie) und »Simap« (elektronischer Zugang zu öffentlichen

Ausschreibungen). Derzeit verfügen nur etwa 4 % der KMU in Europa über einen Internet-Anschluß. Das soll anders werden.

Der »elektronische Handel« im Sinne der G 7 und der EU umfaßt vier Kategorien des Informations- und Datenaustausches: zwischen Unternehmen untereinander, zwischen Unternehmen und Verbrauchern, zwischen Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen sowie zwischen Bürgern und öffentlichen Verwaltungen. Der elektronische Markt wird sich dynamischer entwickeln als der traditionelle, so daß die Teilnahme daran überproportional zum gesamten Markterfolg beiträgt.

PHARE

Leuchtturm am EU-Gestade

Das PHARE-Programm zur Unterstützung der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) wird mit veränderten Zielen fortgesetzt. An die Stelle der wirtschaftlichen Reformen allgemein tritt die gezielte Vorbereitung auf den EU-Beitritt von zehn MOE-Ländern. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Hilfe beim Aufbau nationaler und regionaler Verwaltungen in den Zuständigkeitsbereichen der Innen- und der Justizministerien – nicht zuletzt, um die Umsetzung gemeinschaftlicher Normen sowie eine effektive Verbrechensbekämpfung zu ermöglichen. Hierfür stehen allein 30 % der Fördermittel von 6,7 Mrd. Ecu zur Verfügung.

70 % der Mittel fließen in Infrastrukturprojekte, wie die trans-europäischen Netze, in den Umweltschutz, die Modernisierung der Industrie und die regionale Zusammenarbeit. PHARE leistet

nicht rückzahlbare Zuschüsse, die Europäische Investitionsbank und andere stellen flankierend zusätzliche günstige Darlehen zur Verfügung.

Gemeinschafts-Statistik

Harmonisierung

Die Idee Europa gebiert Verträge, deren Einhaltung mit Hilfe von Kennzahlen überwacht wird. Da leuchtet es unmittelbar ein, daß die Zahlen tatsächlich vergleichbar sein, d.h., auf vergleichbare Weise zustande kommen müssen. In der EU nennt man Verfahren zur Herstellung von Vergleichbarkeit traditionell Harmonisierung. Das jüngste Kind der Grundlagenarbeit des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) ist der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI).

Während die Fiskalkriterien für die Aufnahme in die EWWU in aller Munde sind, ist vom Inflationskriterium hierzulande eher selten die Rede, was kein Wunder ist: *das* Problem, immerhin, hat Deutschland bekanntlich nicht. (Die Inflationsrate eines Landes darf um nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über derjenigen der drei preisstabilsten Länder liegen.) Das galt schon für die alte Zeitreihe des Statistischen Bundesamtes und gilt eindrucksvoll auch für die neue harmonisierte. Lag der nationale Wert im letzten Jahr bei durchschnittlich 1,5 %, sank er durch Harmonisierung des zugrunde gelegten Warenkorbes auf 1,2 %. Der EU-Wert insgesamt lag (vorläufig) bei 2,4 %. Damit dürfte der deutsche

Wert eher in den Maßstab einfließen, als an ihm gemessen werden.

Nordamerika

USA

Stärken und Schwächen

Die amerikanische Konjunktur erweist sich als robust. Der Dollar ist nachhaltig wiedererstarkt. Die Inflation ist, an amerikanischen Maßstäben gemessen, moderat; die aufschwungbegleitenden 3 % sind nach Spitzenwerten von 3,3 % in den beiden letzten Monaten des Vorjahres im Januar und Februar wieder erreicht worden. Die Arbeitslosenrate ist im Februar auf 5,3 % gesunken. Soweit die Stärken.

Die Meldung eines Rekorddefizits von 114,2 Mrd. \$ für 1996 (das ist der höchste Wert seit 1988) war noch nicht verkraftet, als für den Januar ein neuer Minus-Rekord von 18 Mrd. \$ ermittelt wurde. Das ist die Kehrseite des starken Dollar. Die Regierung richtet unverwandt strenge Blicke auf Japan (und zunehmend auch auf China). Zwar nahm das bilaterale Defizit um 19 % ab, erreichte aber immer noch einen absoluten Wert von 47,7 Mrd. \$. Mögen auch japanische Handelshemmnisse ihren Teil dazu beitragen, kann die Konstellation einer Dollar-Stärke bei gleichzeitiger Yen-Schwäche doch nicht übersehen werden.

Im Lande mehren sich indessen Klagen über Nachteile für die amerikanische Wirtschaft, die durch ein spezifisch amerikani-

sches Element der Handelspolitik ausgelöst werden. Das Helms-Burton- und das D'Amato-Gesetz sind ja nur die bekanntesten von 61 Sanktionsgesetzen, die allein in den letzten vier Jahren erlassen wurden. Schlechte Sitten breiten sich bekanntlich schnell aus; so ist es nicht verwunderlich, daß einzelne Bundesstaaten dazu übergegangen sind, ihrerseits weitere Sanktionsgesetze zu erlassen. Die darauf beruhenden Verluste für die amerikanische Wirtschaft insgesamt werden für 1995 auf 15 bis 20 Mrd. \$ und 200.000 bis 250.000 Arbeitsplätze beziffert. Die Clinton-Administration sieht sich nun auch innenpolitisch in eine Ecke gestellt, aus der sie offenbar schrittweise wieder heraus will, wenn man die Signale einer Bereitschaft zum Einlenken im Streit mit der EU so deuten will. Die Rolle eines selbsternannten Weltpolizisten kommt ihr nach Auffassung ihrer Partner ohnehin nicht zu. Sie steht auch im Widerspruch zu Geist und Buchstaben der Welthandelsabkommen von GATT bis WTO.

Kanada

Der Schwung trägt

Die Roßkur der letzten Jahre schlug offenbar an: der nördliche Nachbar der Vereinigten Staaten steht wirtschaftlich gut da. Ein Vergleich mit den USA zeigt indessen mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten. Der Außenwert des Kanadischen Dollar ist nachhaltig gesunken. Gleichwohl wäre die Handelsbilanz negativ ohne den Überschuß im Handel mit den USA. So blieben von den 40,7 Mrd. \$ Überschuß im US-Handel immerhin noch 34,1 Mrd. \$

insgesamt übrig. Die Bedeutung der USA als Außenhandelspartner ist wiederum gestiegen (von 80 % im Jahr 1995 auf 81,2 %). Die Zunahme der Investitionstätigkeit im Land läßt erwarten, daß die positive Entwicklung insgesamt anhält.

Lateinamerika

Kontinent im Aufbruch

Die Dekade des Jaguars

Lange Zeit war das Bild Lateinamerikas in den Köpfen der Europäer durch Wildheit gekennzeichnet, ein Bild, in dem einerseits operettenhafte Elemente von Exotik und Gewalt, andererseits Gegensätze von Natur und Zivilisation eine fremdartig wirkende Verbindung eingingen. Die achtziger Jahre waren in der Rückschau geprägt von starken Demokratisierungstendenzen im politischen Bereich bei gleichzeitig unkontrollierten wirtschaftlichen Entwicklungen, für die der vornehme Ausdruck »Schuldenkrise« geprägt wurde (dahinter standen vierstellige Inflationsraten und Abwertungswettläufe). In einer kürzlich veröffentlichten Studie spricht die Dresdner Bank (nach der »década perdida«, dem verlorenen Jahrzehnt) jetzt von einer »Dekade des Jaguars«.

Bei allen Unterschieden in den einzelnen Ländern bzw. in den regionalen Freihandelszonen wird die wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents in den nächsten Jahren als positiv und stabil angenommen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird 1998 – 2000 durchschnittlich um 5 % wachsen, die Inflationsrate (die 1995

noch bei über 20 % lag) wird auf rund 10 % zurückgehen, der Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP wird bei -2,5 % liegen, die Auslandsschulden schließlich werden kontinuierlich zurückgeführt auf das 2,25fache der jährlichen Ausfuhrleistung. Neben dem asiatisch-pazifischen und dem osteuropäischen Raum hat sich in Lateinamerika ein weiterer »emerging market« gebildet, der verstärkte Anstrengungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten, die Wirtschaftsbeziehungen auszuweiten, als lohnend erscheinen läßt.

Kuba

Isolierte Insel

Im Spannungsfeld zwischen den Supermächten konnte sich das demokratisch nicht legitimierte Castro-Regime lange Zeit halten. In der ungleich gewordenen Auseinandersetzung mit den USA konnte das Regime durch das gegen Kuba gerichtete, weltweit abgelehnte Helms-Burton-Gesetz an jener Sympathie gewinnen, wie sie Opfern entgegen gebracht wird. Es unternahm Reformanstrengungen und ließ sich von den Europäern dabei helfen. Es lockerte ehemals strenge Bestimmungen, schuf Freiräume und erweckte ganz allgemein den Eindruck, einen neuen, eigenen Weg zu suchen.

Dieser Elan ist weitgehend verflogen. Die Reformen stocken. Die Freiräume werden wieder eingeschränkt. Getragen wird das Regime im Inland praktisch nur noch vom farbigen Teil der Bevölkerung, dem einzigen, der an Rechten gewonnen und deshalb

bei einem Regimewechsel etwas zu verlieren hat (im Ausland paradoxerweise vom Gegensatz zu den USA). Die nicht nur in Lateinamerika große Bereitschaft, dem überlebten Regime ein würdiges Ende zu verschaffen, löst sich allmählich auf. Castro ist 70 und ein Nachfolger nicht in Sicht.

Asien

China

Stolz und Vorurteil

Der Riese ist dünnhäutig geworden. Die lange Zeit der internationalen Isolation und der Einparteienherrschaft im Land hat die chinesische Führung empfindlich werden lassen gegenüber Nadelstichen von offiziellen Vertretern anderer Nationen (zumal der amerikanischen). Der Reformprozeß im Land birgt trotz der von außen beklagten Langsamkeit aus chinesischer Sicht Risiken, wie das Beispiel der untergegangenen Sowjetunion gezeigt hat. Diskussionen über Menschenrechte nach westlichem Verständnis oder gar die nationale Integrität werden nicht zugelassen. Tibet und Taiwan sind keine Themen, und Hongkong ist ein Sonderfall.

Diese als innere Angelegenheiten reklamierten Bereiche beiseite gelassen, will China als möglichst normales Mitglied in die Weltwirtschaft zurückkehren. Der bis zum Jahr 2000 laufende Fünf-Jahr-Plan sieht ausländische Investitionen von umgerechnet 230 bis 270 Mrd. \$ vor – mehr als in den vergangenen 25 Jahren

insgesamt ins Land geflossen sind. Die weitgehende Gleichstellung der ausländischen mit den inländischen Unternehmen, die Chancen, den großen chinesischen Markt von innen zu erobern, stellen viele Investoren zufrieden. Die Aggregation mikroökonomischer Erfolge zu makroökonomischen Größen rückt allerdings ein Problem ins Licht, das immer wieder zu Spannungen führt: den gewaltigen Außenhandelsüberschuß im chinesisch-amerikanischen Handel.

Die amerikanische Statistik weist für das abgelaufene Jahr ein Defizit von fast 40 Mrd. \$ gegenüber China aus. Das wirft nicht nur einen tiefen Schatten auf die sonst recht rosige amerikanische Konjunkturlage, sondern steht auch einem Konsens über den chinesischen Beitritt zur WTO im Wege. Die Chinesen haben nachgerechnet und sind auf nur 10,5 Mrd. \$ gekommen. Grund? – die inneren Angelegenheiten. Amerikanische Exporte über Hongkong fehlen in der Statistik, in Hongkong veredelte Waren dagegen werden dem Ursprungsland China zugerechnet. Amerikanische Exporte, die steuerfrei über die Grenze gelangen, fehlen zum Teil in der Statistik. Der Zweck der Imparitätsvorhaltungen dürfte, auf welchem rechnerischen Niveau auch immer, gleichwohl erfüllt werden: die weitere Öffnung der chinesischen Märkte, vor allem für Dienstleistungen – einer Stärke der Amerikaner. Und der WTO-Beitritt dient hauptsächlich dem Prestige: Hongkong, innere Angelegenheit mit besten Außenbeziehungen, bleibt Mitglied.

Europa

Rumänien

Licht aus dem Westen

Die Probleme Rumäniens sind vergleichbar mit denjenigen seiner Nachbarn. Im übrigen legt das Land Wert auf Unvergleichbarkeit. Die Rumänen sind keine Slawen, auch nicht mit den ebenfalls nichtslawischen Ungarn verwandt, sondern Romanen (wenn auch religiös an die osteuropäisch-asiatische Orthodoxie gebunden). Sie waren bemüht gewesen, im Warschauer Pakt ihr Gesicht zu wahren, hatten sich insbesondere nicht am Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 beteiligt. Kurz: Rumänien drängt vehement in die NATO, will in die EU und sich überhaupt verflechten mit dem seiner Eigenart besser entsprechenden westlichen Staatenverbund. Eine kurzfristig umsetzbare Lösung aller großen Probleme ist ausgeschlossen. Es müssen Prioritäten gesetzt werden, und Rumänien gibt eindeutig der politischen und militärischen Integration den Vorzug. Es will offenbar eine Entwicklung vorantreiben, die nicht umkehrbar sein wird. Die rasche Einigung mit Ungarn über die Integration der großen ungarischen Minderheit im Land spricht dafür.

Dabei soll aber die wirtschaftliche Entwicklung, nicht zuletzt mit Blick auf die EU, nicht vernachlässigt werden. Ausländischen Investoren werden Erleichterungen versprochen, sowohl rechtlicher als auch tatsächlicher Art, indem die unübersichtliche und unberechenbare Bürokratie zurückgenommen wird. Der Staatsei-

gentumsfonds (der deutschen Treuhand vergleichbar) soll zügig Staatsbetriebe privatisieren und, wenn nötig, liquidieren, um bessere Voraussetzungen für Amerikaner und Europäer zu schaffen, sich im Lande wirtschaftlich zu engagieren. Pluspunkte im internationalen Wettbewerb sind ein funktionierender Agrarsektor und durchweg gut ausgebildete Facharbeiter, Minuspunkte dagegen die mangelhafte Infrastruktur und ein ineffizientes staatliches Bankensystem. Den zum Teil schlechten Startbedingungen entspricht umgekehrt ein hohes Potential an profitablen Entwicklungsmöglichkeiten.

Wirtschaftsleistung und Haushaltsvolumen sind vergleichsweise bescheiden. Der Umbau des öffentlichen Sektors wird von der Weltbank und dem IWF kritisch begleitet, insbesondere soll die öffentliche Verschuldung begrenzt werden. Für die Modernisierung hat die Weltbank 250 Mio. \$ zur Verfügung gestellt. Der IWF gab einen Kredit in Höhe von 430 Mio. \$, verbunden mit dem Wunsch, das Haushaltsdefizit soll auf 4,5 % zurückgeführt werden und die Inflationsrate auf 2 % – monatlich.

Dänemark

Wikinger auf Kurs

Die Dänen operierten in der ersten Hälfte der neunziger Jahre recht glücklos. Sie bauten wie ihre Nachbarn eine hohe Arbeitslosigkeit auf. Von fast 13 % ist indessen rund ein Drittel abgebaut (1996: 8,8 %, 1997: 8,6 %, 1998: 8,4 %), während die für Deutschland angekündigte Halbierung noch in vollem Umfang zu leisten

ist. Am Abbau aktiv beteiligt sind der Staat und die Tarifpartner. Der Staat begrenzt die Arbeitslosenhilfe und knüpft die Leistung an Bedingungen wie Qualifizierung durch Fortbildung. Für Problemgruppen gibt es wirksame Sonderprogramme. Die Gewerkschaften berücksichtigen örtliche Verhältnisse in den Tarifverträgen und lassen dabei mehr Flexibilität zu, etwa beim Kündigungsschutz. Das BIP wächst überdurchschnittlich (von 1,9 % im

letzten auf 3,0 % im nächsten Jahr), der Außenhandel nimmt wieder zu, allerdings auch die Inflationsrate (von 2,1 % im letzten über 2,5 % im laufenden auf 2,8 % im nächsten Jahr). Die staatliche Schuldenaufnahme für den Haushaltsschulden liegen bei 1,1 %, die Gesamtverschuldung aber noch bei fast 70 %, Tendenz fallend.

Erstdruck in: Außenwirtschaftsbrief 3/97. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, Juni 1997: Deutscher Wirtschaftsdienst.